

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : I-43

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status : - Member - ~~Alternate~~

Artikel I-43: Die verstärkte Zusammenarbeit

(1) Die Mitgliedstaaten, die untereinander eine verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der nicht ausschließlichen Zuständigkeiten der Union begründen wollen, können in den Grenzen und nach den in diesem Artikel und den Artikeln [III-318 bis III-325 (ex-Artikel I bis P)] der Verfassung vorgesehenen Modalitäten die Organe der Union in Anspruch nehmen und diese Zuständigkeiten unter Anwendung der einschlägigen Verfassungsbestimmungen ausüben.

Eine verstärkte Zusammenarbeit ist darauf ausgerichtet, die Ziele der Union zu fördern, ihre Interessen zu schützen und ihren Integrationsprozess zu stärken. Sie steht bei ihrer Begründung und anschließend gemäß Artikel [III-321 (ex-Artikel L)] der Verfassung jederzeit allen Mitgliedstaaten offen.

(2) Die ~~Ermächtigung zur~~ Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit wird vom Rat **nach Zustimmung des Europäischen Parlaments** als letztes Mittel ~~gewährt~~ **beschlossen**, wenn im Rat festgestellt worden ist, dass die mit ihr angestrebten Ziele von der Union insgesamt nicht innerhalb eines vertretbaren Zeitraums verwirklicht werden können und sofern an der Zusammenarbeit mindestens ein Drittel der Mitgliedstaaten beteiligt ist. ~~Der Rat beschließt nach dem in Artikel [III 322 (ex Artikel M)] der Verfassung vorgesehenen Verfahren.~~

(3) Nur die Vertreter der an der verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten nehmen an der Annahme der Rechtsakte im Rat teil. An den Beratungen des Rates dürfen jedoch ~~alle die~~ **Vertreter aller** Mitgliedstaaten teilnehmen.

Die Einstimmigkeit bezieht sich allein auf die an der verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten. Als qualifizierte Mehrheit gilt die Mehrheit der Stimmen der beteiligten Mitgliedstaaten, sofern diese mindestens ~~drei Fünftel~~ **die Hälfte** der Bevölkerung dieser Staaten repräsentiert.

An die im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit erlassenen Rechtsakte sind nur die an dieser Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten gebunden. ~~Sie gelten nicht als Besitzstand, der von beitrittswilligen Ländern angenommen werden muss.~~

Explanation (if any) :

Absatz 2:

Der Rat ermächtigt niemand anderen, er fasst vielmehr einen Grundsatzbeschluss für das weitere Vorgehen der Union. Die Zustimmung durch das EP sollte in jedem Falle - auch im Rahmen der GASP - erforderlich sein (abweichend von Artikel M Absatz 2 Uabs. 2 des Präsidiumsentwurfs für Teil III der Verfassung). Es handelt sich dabei um eine wesentliche Entscheidung der Union, die nicht außerparlamentarisch getroffen werden darf.